



## Ausschuss für Kommunalpolitik

51. Sitzung (öffentlich)

4. Februar 2004

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

### Verhandlungspunkte:

- 1 **Neue Steuergegenstände der Vergnügungssteuer nach Aufhebung des Vergnügungssteuergesetzes**..... 1
  - Bericht durch MR Längen (IM)..... 1
  - Diskussion ..... 3
  
- 2 **Politische Mitwirkung der Migrantinnen und Migranten in den Kommunen verbessern!**..... 6

Drucksache 13/4413  
Information 13/886

  - Bericht durch MR Plückhahn (IM)..... 6
  - Ergebnis..... 11

- 3 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG) für das Schuljahr 2004/2005 ..... 11**  
Vorlage 13/2536
- Ergebnis..... 11
- 4 Gesetz zur Änderung des Landestierkörperbeseitigungsgesetzes ..... 11**  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4503
- Diskussion ..... 11
  - Ergebnis: *beschlossen*..... 12
- 5 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände für das Land Nordrhein-Westfalen (Landes-Hafenentsorgungsgesetz) ..... 13**  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4579
- Ergebnis: *beschlossen*..... 13
- 6 Daseinsvorsorge im Spannungsverhältnis von Allgemeinwohl und Wettbewerb ..... 13**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/4558
- Diskussion ..... 13
  - Ergebnis: *beschlossen*..... 15

- 7 Gegen Wildwuchs bei der Windkraft – Umsteuern tut Not..... 15**  
Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4563
- Diskussion ..... 15
  - Ergebnis: *abgelehnt*..... 17
- 8 Das beste Personal für unsere Kinder – Für eine Stärkung der Attraktivität und des fachlichen Standards der Erzieherausbildung..... 17**  
Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4694
- Ergebnis..... 18
- 9 Kraftfahrzeugsteuer zeitnah nach der Zulassung erheben – Zusammenarbeit mit den Kommunen verbessern – Steuerrückstände schmälern..... 18**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN  
Drucksache 13/4738
- Ergebnis..... 18
- 10 „Kommunale Weiterbildung dauerhaft sichern und Flexibilisieren“  
Finanzierbarkeit durch Aufgabenentlastung und Entbürokratisierung  
wahren ..... 18**  
Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4740
- Diskussion ..... 18
  - Ergebnis: *abgelehnt*..... 19

**12 Sachlich gebotene Novelle der Abwasserabgabe anpacken ..... 19**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4742

- Ergebnis: *ohne Votum* ..... 19

**Nach Abhandlung der Tagesordnung ..... 19**

- Bericht durch MDgt Winkel (IM) zu Listenverbindungen in Räten.... 19
- Ergebnis..... 20

\* \* \*

**5 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände für das Land Nordrhein-Westfalen (Landes-Hafenentsorgungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4579

**Vorsitzender Jürgen Thulke** merkt an, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei am 21. November 2003 an den Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung – federführend – sowie zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss, den Verkehrsausschuss und an den AKo überwiesen worden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung ohne Aussprache mit dem Stimmen aller Fraktionen zu.

**6 Daseinsvorsorge im Spannungsverhältnis von Allgemeinwohl und Wettbewerb**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/4558

**Jürgen Thulke (SPD)** schickt voraus, der Antrag der Koalitionsfraktionen sei vom Plenum am 13. November 2003 federführend an den Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik und zur Mitberatung an den AKo sowie an vier weitere Fachausschüsse überwiesen worden.

**Heinz Wirtz (SPD)** meint, der sehr ausführliche Antrag brauche nicht näher begründet zu werden. Ebenfalls die Forderungen vonseiten des Landtags an die Landesregierung seien umfassend dargestellt.

Vielleicht sollte sich aber der kommunalpolitische Ausschuss einmal in Brüssel mit einer Diskussion zum Thema „Daseinsvorsorge“ einbringen. Insofern rege er eine Ausschussreise nach Brüssel an, um mit Mitgliedern des EU-Parlaments eine Diskussion zum Thema „Daseinsvorsorge“ zu führen. Zwar seien in vielen Bereichen bereits abschließende Regelungen getroffen worden, aber es stünden noch weitergehende an. Beispielsweise denke er da an Wasser als Lebensmittel und an den sozialen Bereich. Im Übrigen verträten Parlamente anderer Länder dort auch häufig ihre Interessen.

**Ewald Groth (GRÜNE)** unterstützt den Vorschlag gern, denn die Länder und Kommunen seien in kommunalen Fragen zunehmend von EU-Entscheidungen abhängig geworden. Zusätzlich wüsste er sich, dass der Europaminister dieses Landes dem Ausschuss in regelmäßigen Abständen über die Entwicklungen, die die kommunale